

# SAICM – INTERNATIONALE CHEMIKALIENPOLITIK BEKOMMT EINE NEUE STRUKTUR

## Endlich eine Chance für besseren Schutz von Umwelt und Gesundheit weltweit?

Im März trafen sich in Stockholm VertreterInnen von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Industrie, um über die Zukunft eines internationalen Forums zur Chemiepolitik, SAICM (Strategischer Ansatz zum Internationalen Chemikalienmanagement), zu diskutieren. Was wie ein Kongress für SpezialistInnen klingt, ist tatsächlich relevant für jeden von uns. Denn schädliche Chemikalien sind allgegenwärtig – in unserem Essen, in den Produkten, die wir täglich benutzen, in der Luft, die wir atmen, und in unserer Umwelt. Sie machen nicht an Grenzen Halt und verbreiten sich in der ganzen Welt, z. B. über global gehandelte Produkte. Obwohl viele Chemikalien die Umwelt und unsere Gesundheit erheblich schädigen können, beschränkt sich politische Regulierung meist nur auf einzelne Stoffe und nicht auf strukturelle Probleme. Verboten werden Stoffe meist erst dann, wenn sie schon lange Schaden angerichtet haben, oftmals sogar irreparablen Schaden. Die Politik kann mit den immer neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Stoffen, die auf den Markt kommen, nicht Schritt halten. Als einer der größten Chemieindustrien weltweit kommt Deutschland eine wesentliche Verantwortung in der internationalen Chemiepolitik zu.

**S** AICM IST ein rechtlich nicht bindendes Multi-Stakeholder-Forum zur internationalen Chemiepolitik unter dem Dach des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). Dort, und nur dort, gibt es die Möglichkeit, die vielen Themen zu diskutieren, die nicht durch eine der 4 UN-Chemie-Konventionen abgedeckt sind. Es ist auch das einzige internationale Forum, welches neue und dringliche Themen aufgreift. Das sind z. B. Themen wie Nanomaterialien, Chemikalien in Produkten, besonders gefährliche Pestizide, Arzneimittelvorkommen in der Umwelt oder hormonverändernde Stoffe. Manche Themen münden in Arbeitsprogrammen mit konkreten, von den Regierungen zu erreichenden Zielen und entsprechenden Arbeitsaufgaben. So wurden z. B. im Programm „Chemikalien in Produkten“ Richtlinien zum Austausch von Informationen solcher Chemikalien entwickelt.

Mit SAICM hatten sich die Regierungen zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 ein gutes Chemikalienmanagement entlang des Lebenszyklus zu

erreichen, sodass die negativen Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit durch Chemikalienproduktion und -gebrauch signifikant minimiert werden.

Eine Erreichung dieses Ziels ist nicht mehr realistisch. Wie geht es weiter, wenn 2020 das Mandat für SAICM endet?

### Internationales Chemikalienmanagement der Zukunft

Bisher sind sich die Staaten weitgehend einig, dass ein solches Forum auch weiterhin dringend benötigt wird. Auch die wesentliche Form als Multi-Stakeholder-Forum soll beibehalten werden. Der freiwillige Ansatz wird von vielen Beteiligten sehr geschätzt, da er eine offenere Diskussion ermöglicht, die zu neuen Lösungsmöglichkeiten führen kann. NGOs befürworten jedoch auch die Möglichkeit, in einem neuen Konstrukt rechtlich-bindende Elemente anzufügen, denn die Erarbeitung neuer UN-Konventionen hat sich als äußerst langwierig und schwierig herausgestellt. So wurde nach vielen



Billig produziertes Spielzeug aus Entwicklungs- und Schwellenländern beinhaltet oft giftige Stoffe. Für die Probleme in den produzierenden Ländern sind nicht zuletzt auch die Industriestaaten verantwortlich.

© Jo Naylor (BY 2.0)

Jahren aus der Idee einer Konvention zu Schwermetallen lediglich eine Quecksilber-Konvention, die auch noch erhebliche Einschränkungen enthält.

Rechtlich bindende Elemente im Rahmen eines zukünftigen SAICM wären eine gute und einfachere Lösung für drängende Probleme, die auf der Basis von Freiwilligkeit und Selbstverpflichtung nicht behoben werden konnten. Weiterhin ist bisher unklar, wie mit der Fülle der Themen und Probleme im Zusammenhang mit Schadstoffen und Giftmüll umgegangen werden soll. Einige Staaten möchten nur noch einzelne Themen priorisieren, andere möchten die bestehende breite Palette erhalten. NGOs fordern eine möglichst umfassende Herangehensweise, die Bereiche wie Menschenrechte, Arbeit, Gender und Frauen sowie Ernährung und ökologische Landwirtschaft integriert. Es muss möglich sein, zu bestimmten Themen konkrete Ziele mithilfe von Arbeitsprogrammen zu erreichen. Gleichzeitig dürfen andere wichtige Themen nicht unter den Tisch fallen, nur weil sie vielleicht für Geberländer gerade nicht attraktiv sind. Für ein zukünftiges SAICM sollten der Präventionsgedanke und die Entwicklung und Förderung von sicheren und auch nichtchemischen Alternativen im Vordergrund stehen. Es kann nicht sein, dass weltweit Chemikalien und chemische Produkte eingesetzt werden, deren Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit nicht oder nur wenig bekannt sind, wie z. B. bei Nanomaterialien. Gleichzeitig ist es ein Armutzeugnis für Politik und Industrie, wenn Schadstoffe wie z. B. Asbest, Bisphenol A oder Blei in Farben weiterhin in vielen Ländern erlaubt sind, obwohl deren verheerende Wirkung schon lange bekannt ist und es sichere Alternativen gibt.

Ein großes Problem von SAICM ist die mangelnde Implementierung. Obwohl es einen guten globalen Aktionsplan und gemeinsame Ziele gibt, wurde nur wenig davon umgesetzt. Es mangelt an politischem Willen, gefestigten Strukturen und Finanzierung. Nationale Aktionspläne, entwickelt in Multi-Stakeholder-Prozessen, sind aus NGO-Sicht ein gutes Mittel zur Zielerreichung. Alle nationalen Aktionspläne sollten finanziert und überprüfbar sein und einer regelmäßigen Berichtspflicht und Evaluation unterliegen, die eine Erfolgsmessung sowie die Identifikation von Bedarf

fen und neuen Handlungsfeldern beinhaltet.

### Doppelte Standards

Industrialisierte Staaten, auch Deutschland, begreifen SAICM weitgehend nur als Hilfestellung für Schwellen- und Entwicklungsländer. Natürlich ist der Aufbau von staatlichen Strukturen zum sicheren Chemikalienmanagement notwendig. Allerdings sollte darüber hinaus nicht vergessen werden, warum viele Schwellen- und Entwicklungsländer massive Probleme haben – unter anderem weil wir, die Industrienationen, unseren Elektronikschrott und Plastikmüll dorthin exportieren, jahrelang pestizidintensive Landwirtschaft propagiert haben und uns die billige Produktion von Exportgütern mit giftigen Stoffen wie z. B. Textilien oder Spielzeug gelegen kommt. Moralisch besonders bedenklich ist der Export von sehr gefährlichen Pestiziden, die in der EU verboten sind. Hierzu sagt der UNO-Sonderberichterstatter für gefährliche Chemikalien, Abfälle und Menschenrechte, Baskut Tuncak: „So werden etwa einige gefährliche Pestizide, die in der EU zur Verwendung verboten sind, von einigen deutschen Unternehmen immer noch in Länder exportiert und hergestellt, die nicht über ein angemessenes System zur Bewirtschaftung dieser gefährlichen Pestizide verfügen. Eine ähnliche Situation besteht auch für Industriechemikalien.“<sup>1</sup> Es ist also zu kurz gegriffen, lediglich auf die ärmeren Länder zu verweisen, ihnen ein bisschen Hilfe anzubieten, aber die hausgemachten Ursachen im eigenen Land nicht angehen zu wollen.

### Finanzierung

Kein zukünftiges SAICM wird Erfolg haben, ohne ausreichende Finanzierung. Chemiepolitik steht nicht sehr hoch auf der internationalen Agenda. Das Thema ist selbst UmweltministerInnen oft zu sperrig und in der Regel leider nicht in Entwicklungshilfeprogramme integriert. Es fehlt also massiv an Finanzmitteln, um die Vielzahl an Problemen durch schädliche Chemikalien und Giftmüll anzugehen. Eine mögliche Lösung wäre die Internalisierung von Kosten ganz im Sinne des VerursacherInnenprinzips. Als NGOs fordern wir die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die verschiedene Möglichkeiten zur ökonomischen Internalisierung der Kosten für Volkswirtschaften auslotet, die durch negati-

ve Auswirkungen von gefährlichen Chemikalien verursacht werden. Die Chemieindustrie erwirtschaftet jährlich einen Gewinn von geschätzten 4,1 Billionen US-Dollar.<sup>2</sup> Ein jährlicher Beitrag zum internationalen Chemikalienmanagement von 0,1 Prozent würde 4 Milliarden US-Dollar z. B. in einen UN-verwalteten Fonds bringen. Bisher zahlen die Kosten für Gesundheits- und Umweltschäden nicht diejenigen, die mit den Chemikalien Profit gemacht haben, sondern die SteuerzahlerInnen und Krankenkassenmitglieder – und vor allem die vielen Betroffenen und deren Angehörige, die ihr Wasser nicht mehr trinken können, die krank werden, deren Lebensraum und Lebensgrundlage zerstört wird.

### Die Rolle Deutschlands

Deutschland hat bis 2020 die Präsidentschaft von SAICM und daher eine wichtige Rolle in der Erarbeitung eines SAICM-Nachfolgers. Gleichzeitig ist es einer der größten Chemiestandorte der Welt. Daher kommt Deutschland auch eine wesentliche Verantwortung in der internationalen Chemiepolitik zu. Die Position der Bundesregierung zu einem zukünftigen SAICM wurde von deutschen NGOs in einigen Punkten begrüßt, jedoch lässt sie ein klares Bekenntnis und Elemente zum übergeordneten Ziel des Schutzes der Umwelt und Gesundheit und der Vermeidung und Minimierung des Einsatzes von gefährlichen Chemikalien und Pestiziden vermissen.

Die nächsten Monate werden zeigen, wie ernst es Deutschland und die anderen Staaten mit ihrem Einsatz für einen Schutz von Umwelt und Gesundheit vor schädlichen Chemikalien und Pestiziden meinen.



Alexandra Caterbow

Die Autorin ist Kodirektorin bei HEJSupport International und Mitglied im Steering Committee von IPEN.

- 1 [http://www.ohchr.org/Documents/Issues/ToxicWastes/EndMissionStatement7Dec2015\\_DE.pdf](http://www.ohchr.org/Documents/Issues/ToxicWastes/EndMissionStatement7Dec2015_DE.pdf).
- 2 United Nations Environment Programme (2012): Global Chemicals Outlook.



1/2018

# RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung



## Mit Bioökonomie die Welt retten? Neue Geschäftsmodelle und alte Strukturen

Seite 6

**Synthetische Biologie  
und die neuen Verfahren  
der Gentechnik**

Seite 10

**Mit Bioökonomie die  
Welt ernähren? Ein pro-  
blematisches Versprechen**

Seite 14

**Zur Notwendigkeit  
alternativer Forschung und  
gesellschaftlicher Debatte**

Seite 16

**Bioökonomie im globalen  
Kontext – Der Süden als  
Lieferant für Biomasse?**